



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 7. November 2022

Der Kantonsrat hat David Galeuchet (Grüne, Bülach) diskussionslos als neues Mitglied der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) gewählt ([KR-Nr. 363/2022](#)). Er ersetzt Thomas Honegger.

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung dem Gesetz über die Verselbständigung der Kantonsapotheke Zürich (KAZ) mit 136 zu 30 Stimmen zugestimmt ([5481](#)). Damit wird die KAZ ans Universitätsspital verkauft. Ein kurzfristig eingereicherter Rückweisungsantrag der FDP, mit dem der Verkauf an ein privates Konsortium hätte ermöglicht werden sollen, wurde mit 139 zu 27 Stimmen abgelehnt.

Der Kantonsrat hat eine Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zu einem Postulat betreffend Film- und Medienförderung mit 152 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt ([5846](#)).

Der Kantonsrat hat das Gesetz über das Sozialversicherungsgericht in erster Lesung beraten ([5806](#)). Ein Minderheitsantrag von FDP und SVP, mit dem neu die Kostenpflicht als Grundsatz hätte festgelegt werden müssen, wurde mit 90 zu 74 Stimmen abgelehnt. Die zweite Lesung folgt in etwa vier Wochen.

Der Kantonsrat hat das Einführungsgesetz zum Opferhilfegesetz in erster Lesung beraten ([5823](#)). Ein Minderheitsantrag von FDP und SVP, mit dem darauf hätte verzichtet werden sollen, eine Beschränkung auf nicht-gewinnorientierte private Organisationen im Gesetz festzuschreiben, wurde mit 92 zu 73 Stimmen abgelehnt. Die zweite Lesung folgt in etwa vier Wochen.

Der Kantonsrat hat die Regierungsrats-Antwort auf eine Interpellation von SP, Grünen und AL betreffend die Unterstützung der kulturellen Teilhabe von gefährdeten Publikumsgruppen in der Corona-Krise zur Kenntnis genommen ([KR-Nr. 213/2020](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Der Kantonsrat hat die Regierungsrats-Antwort auf eine SVP-Interpellation betreffend Kreditübertragungen im Generalsekretariat der Direktion für Justiz und Inneres zur Kenntnis genommen ([KR-Nr. 245/2020](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Die Abteilung der Staatsanwaltschaft, die bei Verfahren gegen Polizisten zum Einsatz kommt, bleibt im kürzlich eröffneten Polizei- und Justizzentrum (PJZ). Ein Postulat der Grünen, mit dem gefordert wurde, die Abteilung auszuquartieren, um räumliche und persönliche Nähe zwischen den Strafverfolgungsbehörden und beschuldigten Beamten zu verhindern, wurde mit 92 zu 70 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 319/2020](#)).

Der Kantonsrat hat die Regierungsrats-Antwort auf eine Interpellation von EDU und SVP betreffend Meinungsfreiheit in Zusammenhang mit einer geplanten Demonstration unter dem Titel «Marsch fürs Läbe» zur Kenntnis genommen ([KR-Nr. 334/2020](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

(sda/nic.)